

**Eva Bulling-Schröter, MdB**

Umweltpolitische Sprecherin Bundestagsfraktion DIE LINKE

Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Bundestages

## **Kyoto! Und dann?**

**Beitrag zum Tagungsband der FÖS-Jahrestagung „Der Markt im Klimaschutz - Wie erreichen wir die Klimaziele in Deutschland und Europa?“ am 30. Mai – 1. Juni 2008 in der Evangelische Akademie Hofgeismar**

Auf die Frage, was eigentlich nach Kyoto kommt, sollte man klugerweise mehrere Antworten parat haben. Einmal, das, was man sich wünscht. Zweitens das, was zu erwarten ist, wenn die Sache schief läuft. Und schließlich drittens, jenes, was realistischerweise mit einigem Geschick und Enthusiasmus zu erreichen ist.

Mein Wunschscenario lässt sich schnell zusammenfassen. Alle Länder dieser Erde treten einem verbindlichen Post-Kyoto-Abkommen bei. Dieses setzt ein globales Cap, also etwa 1,5 Tonnen Treibhausgase je Einwohner als Emissionsobergrenze. Multipliziert mit der jeweiligen Einwohnerzahl ergibt dies die Gesamtmenge, die jedes Land im Jahr 2050 maximal ausstoßen darf. Über einen Anpassungspfad müssten sich dann die einzelnen Industriestaaten mit ihren Emissionen nach unten zu den 1,5 Tonnen bewegen, während viele Entwicklungsländer nach oben noch Luft haben. Daraus ergeben sich verbindliche Zwischenziele, etwa bis 2020. Das wäre gerecht. Entsprechend gäbe es dann Zuteilungen an Emissionsrechten auf Staatenebene, die handelbar sind. Somit fließen armen Ländern Einnahmen aus reichen zu. Auch Subsysteme sind integrierbar, vergleichbar mit dem EU-Emissionshandelssystem, dass ja nicht staaten- sondern anlagenbezogen organisiert ist.

Wie zu sehen ist, liegt unsere Vision ganz nah bei jener, die die Bundeskanzlerin im letzten Jahr vorschlug und welche im Übrigen seit langem in der politischen und wissenschaftlichen Debatte ist: Ein System, dass jedem Menschen das Recht auf einen ähnlich großen klimaverträglichen Ausstoß von Treibhausgasen zubilligt.

Leider ist die Realität eine völlig andere. Deshalb nimmt ja auch niemand im BMU, und erst recht nicht im Bundeswirtschaftsministerium diesen Vorschlag der Kanzlerin wirklich ernst. Er ist eine Langfristvision fürs Feuilleton. Auch deshalb, weil die gewaltigen Finanzströme, die über den Emissionshandel von den Industrie- in die Entwicklungsländer fließen würden, nach Lage der Dinge nicht den Hauch eine Chance zur Realisierung hätten.

Von einem wirksamen und gerechten internationalen Klimaregime entfernen uns demnach Welten. Gleichzeitig steigt der Ausstoß von CO<sub>2</sub> trotz Kyoto seit der Jahrtausendwende weltweit dreimal so schnell an, wie in den neunziger Jahren. Dieser Trend liegt oberhalb des pessimistischsten IPCC-Szenarios. Und das sagt uns eine Erwärmung der durchschnittlichen Oberflächentemperatur unseres Planeten von bis zu 6,4 Grad bis 2100 voraus. Wir bewegen uns also weit außerhalb des gerade noch als beherrschbar eingeschätzten Pfades von maximal 2 Grad über vorindustrielle Werte.

Das pessimistische Szenario läuft deshalb auf eine Klima-Apartheid der Industriestaaten gegenüber den anderen Ländern hinaus. Als Folge wird es zu einer neuen Qualität internationaler und innerstaatlicher Konflikte und Umweltkriege kommen. Schon mehr als 2 Grad wären eine Katastrophe. Was ein Drittel weniger Niederschläge für den Sudan oder den Nahen Os-

ten bedeuten, ist kaum auszumalen. Und meterhohe Dammbauten gegen die Fluten des ansteigenden Meeresspiegels kann sich vielleicht Holland leisten, jedoch kaum Bangladesh.

Neben den direkten Umweltwirkungen wird der Klimawandel in armen Ländern schwere Konflikte nach sich ziehen, beispielsweise aufgrund notwendig werdender Umsiedlungen oder im Kampf ums Wasser. Man muss kein Prophet sein, um sich auszumalen, dass damit auch Spannungen verschärft werden, die bereits wegen bestehender sozialer Konflikte oder religiös motivierte Auseinandersetzungen bestehen.

Dieses Szenario wird eintreten, wenn wir uns nicht aus dem Patt bewegen, das die internationale Klimapolitik beherrscht. Und dies lässt sich so beschreiben: Weil die derzeitige Regierung der USA in einer aus meiner Sicht schon verbrecherischer Ignoranz jegliche Verpflichtungen im Klimaschutz ablehnt, ist es sehr unwahrscheinlich, dass Schwellenländer wie China oder Indien Verpflichtungen zur Emissionsbegrenzung übernehmen werden. Das ist ja auch kein Wunder, denn deren Pro-Kopf-Ausstoß liegt immer noch ein Vielfaches unter dem der Industrieländer. Gleichzeitig wachsen aber die Emissionen im Süden ebenso dramatisch wie in den USA.

Es wird also schwierig, sehr schwierig. Und darum wird die Klima-Welt in Post-Kyoto wohl deutlich differenzierter aussehen als heute. Um ein machbares und gleichzeitig ambitioniertes Klimaschutzregime Wirklichkeit werden zu lassen, geht es deshalb nach unsere Auffassung um folgende Dinge:

**Erstens:** Die Zwei-Grad-Grenze muss selbstverständlich Mindestziel jeglicher Verhandlungen bleiben. Wer daran dreht, nimmt unkalkulierbare Risiken für die Menschheit in Kauf. 80 bis 90 Prozent Emissionsminderung bis 2050 für die Industriestaaten gegenüber 1990 sind darum unvermeidlich.

**Zweitens:** Die EU muss mit einem bedingungslosen Minderungsziel bis 2020 von minus 30 Prozent gegenüber 1990 eine Vorleistung erbringen, die den Druck auf die nächste US-Regierung aufs unerträglich Peinliche erhöht. Nach allem, was man hört, ist es zumindest nicht ausgeschlossen, dass die Vereinigten Staaten unter einem neuen Präsident zur internationalen Gemeinschaft zurück finden. Die Frage ist natürlich, ob Senat und Repräsentantenhaus da auch mitspielen. Wenn aber überhaupt was passieren sollte, dann nur mit Hilfe des Vorreiter-Drucks aus der alten Welt.

**Drittens:** Post-Kyoto darf keine unverbindliche Absichtserklärung sein. Zumindest für die einzelnen *Industriestaaten*, einschließlich der USA müssen für den Zeitraum bis 2020 konkrete und absolute Minderungsziele definiert und sanktionsbewährt werden. Zwischenstaatliche Abkommen, etwa auf technologischem Gebiet, oder Selbstverpflichtungen können dieses Regime vielleicht ergänzen, aber niemals ersetzen.

**Viertens:** Für die *Schwellenländer* muss es ebenfalls Verpflichtungen geben. Zunächst vielleicht nicht unbedingt zur Emissionsminderung. Unbedingt aber zur Emissionsbegrenzung, möglichst als absolute Obergrenzen. Wie dies für China, Indien oder Korea konkret aussehen könnte, wird wohl ebenso schwierig zu verhandeln sein, wie das Einbiegen der USA auf einen Minderungspfad. Beispielsweise könnte sich Peking verpflichten, den Ausstoß bis 2020 um nicht mehr als 20 Prozent zu erhöhen, und danach auf einen Stabilisierungspfad einschwenken. Die Diskussion geht hier jedoch leider in die Richtung relativer Ziele (Tonnen THG je BIP) oder sektoraler Ziele (nur für emissionsintensive Industrien) für die Schwellenländer. Das wäre unserer Meinung ein falscher Weg, weil er wegen des Wirtschaftswachstums nicht zu absoluten Begrenzungen bei diesen Großemittenten führen wird.

**Fünftens:** Hinsichtlich der Entwicklungsländer müsste in den Verhandlungen weiter differenziert werden. Sehr arme Länder, wie Ghana oder Sudan, also die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder von zirka 50 Staaten, könnte man aus einem solchen Regime wohl ganz raushalten. Andere Entwicklungsländer mit einem größeren wirtschaftlichen Potential könnten als ersten Schritt relative oder sektorale Ziele übernehmen.

**Sechstens:** Manche meinen, das wichtigste Instrument bei der Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer ins internationale Klimaregime sei der Clean Development Mechanism, kurz CDM. Davor kann ich nur warnen. Der Markt für CDM-Projekte wächst zwar atemberaubend. Mit Stand Anfang August 2008 sind es 1133 registrierte, also von der UN genehmigte Projekte. Dazu kommen noch 2567 im Validationsprozess, die also gegenwärtig begutachtet werden. Für alle Projekte zusammen bedeutet das bis 2012 - zumindest auf dem Papier - ein Minderungspotential bei Treibhausgasen in Höhe von kumuliert rund 2,7 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Bis 2020 sind das sogar 6,4 Milliarden Tonnen.

Doch sind die Projekte tatsächlich in vollem Umfang zusätzlich? Wird also der zu erwartende Mehrausstoß in Europa auf Grund von erworbenen CDM-Zertifikaten wirklich durch reale und langfristige Emissionsminderungen aus den Projekten im Süden kompensiert? Die LINKE ist da sehr skeptisch. Denn aktuelle Studien belegen - das ist auch Ergebnis einer Expertenanhörung unserer Fraktion - dass deutsche und europäische Klimaschutzziele durch „faule“ Emissionszertifikate aus dem Süden unterwandert werden. Für Asien wird geschätzt, dass zirka ein Drittel bis die Hälfte der CDM-Projekte nicht zusätzlich zum Status Quo sind, also nicht zusätzlichen Klimaschutz liefern.

Da sind wir dann sofort bei Deutschland. Denn der CDM-Mechanismus berührt natürlich unmittelbar die Klimapolitik der Bundesrepublik. In der zweiten Emissionshandelsphase 2008-2012 können sich in Deutschland die beteiligten Unternehmen Emissionsgutschriften aus CDM-Projekten bis zu einer Höhe von 22 Prozent oder insgesamt 90 Millionen Tonnen zusätzlich auf ihr Emissionsbudget anrechnen lassen. Sie haben aber nur Einsparverpflichtungen von insgesamt rund 30 Millionen Tonnen.

Die Firmen können also ihren Ausstoß von Treibhausgasen deutlich erhöhen, wenn sie dafür Emissionsgutschriften aus Projekten im Süden vorlegen. Sind diese aber nicht zusätzlich, führt dies global zu einem Mehrausstoß an Klimagasen. Und stammen nur ein Drittel der künftig eingeführten CDM-Zertifikate aus nicht zusätzlichen Projekten, so wäre der Beitrag des deutschen Emissionshandelssektors zum globalen Klimaschutz gleich Null.

Ähnlich auf europäischer Ebene: In der zweiten Handelsperiode lautet das Minderungsziel 133 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Mehr als das Doppelte, nämlich 278 Millionen Tonnen können über die flexiblen Instrumente abgerechnet werden. Dies hat zur Folge, dass in Europa künftig mehr Klimagase ausgestoßen werden könnten, als jemals zuvor. Selbst wenn jedes einzelne Emissionsrecht aus CDM und JI auf echten Klimagaseinsparungen außerhalb Europas beruhen würde, kann dies bei diesen Größenordnungen nur als Hemmschuh für den innereuropäischen Strukturwandel hin zu einer kohlenstoffarmen Energieversorgung bezeichnet werden. Der Beginn einer nachhaltigen Energiewende wird sträflich in die Zukunft verschoben. Die EU-Kommission hat Anfang 2008 zwar einen Vorschlag vorgelegt, der die Reduzierung der Anrechenbarkeit von CDM und JI vorsieht (EU-Kommission 2008). Dieser wird allerdings von Anfang an von einzelnen Mitgliedsstaaten, unter anderem von Deutschland, torpediert.

Die Linke hat sich dafür ausgesprochen, auf UN-Ebene ein Moratorium der Anerkennung von CDM-Projekten auszusprechen, das solange gilt, bis die Zertifizierung auf festem Boden steht und Manipulationen ausgeschlossen sind.

Was wir für die Entwicklungsländer brauchen, sind statt mehr CDM vielmehr - und damit komme ich zu Siebentens - erhöhte Fonds für Anpassungsmaßnahmen. Zudem sollte ein Technologietransfer nicht nur organisiert, sondern auch finanziert werden. CDM wird wohl weiter eine Rolle spielen. Diese darf aber nur ergänzend sein, denn, das möchte ich wiederholen, CDM ist im besten Fall - also ohne Betrug - lediglich ein Null-Summenspiel. Was im Süden eingespart wird, wird im Norden mehr emittiert. Im schlechten Fall wird im Norden mehr ausgestoßen, im Süden jedoch im Vergleich zur "business as usual"-Entwicklung nichts eingespart.

Wenn man sich beispielsweise die RWE-Wasserkraftwerke in China ansieht, die gegenwärtig im Bau sind und auf die CDM-Registrierung zusteuern, kommen einen ernste Bedenken. Ihr Planungs- und Baubeginn liegt in der Mehrheit weit vor 2005, also zu einem Zeitpunkt an dem es noch gar kein CDM gab. Dass bedeutet also, dass offensichtlich weder zum Planungs- noch zum Baubeginn fest mit CDM-Zertifikaten gerechnet werden konnte. RWE behauptet gegenüber der UN aber trotzdem, ohne CDM rechneten sich die Wasserkraftwerke nicht. Entweder aufgrund angeblich schlechter geologischer Bedingungen oder geringer Wassermengen. Doch niemand hätte wohl seinerzeit solch immens teure Projekte begonnen, wenn es sich nicht rentiert hätte. Darum drängt sich auch hier der Verdacht auf: Um nun trotzdem und nachträglich die Zusätzlichkeit der Projekte nachzuweisen, also die Eintrittskarte zum lukrativen CDM-Geschäft zu bekommen, werden die Staudämme und Laufwasserkraftwerke offensichtlich im nachhinein "schlecht gerechnet".

Um die Konsequenz des Ganzen noch einmal klar zu machen: Ein Wasserkraftprojekt, das ohnehin gebaut worden wäre, läuft nun plötzlich unter CDM und generiert 21 Jahre lang Emissionsrechte, die dann hier in Europa - etwa über das künftige RWE-Braunkohlewerk in Neurath - zu einem zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen.

Statt besagten "Null-Summenspiel" haben wir also am Ende global einen Mehrausstoß an Klimagasen im Vergleich zu einer Entwicklung ohne CDM. Soweit zum globalen Klimaregime und dessen Hintertüren.

Wer über globale Klimapolitik spricht, kommt gegenwärtig nicht an der Debatte um Agrosprit vorbei. Es ist einzuräumen, dass zumindest in Deutschland anfangs die Entwicklung der Bioenergien vor allem von Enthusiasten vorangetrieben wurde, bei denen Klimaschutz, eine gesunde Umwelt, die Verringerung der Importabhängigkeit sowie gute Arbeit im ländlichen Raum im Mittelpunkt stand. Auch die LINKE hat auf den Energie vom Acker gesetzt. Nunmehr sind wir schlauer. Denn die Globalisierung hat auch vor Agroenergien nicht halt gemacht. Sie werden missbraucht, um einer tatsächlichen Wende im Mobilitätsverhalten auszuweichen. Das alles geht zu Lasten abgeholzter Wälder und vertriebener Kleinbauern in anderen Teilen der Welt.

Von der Koalition und auch von einigen Biosprit-Verbänden kommt nun die Losung, man möge doch bitte in Sachen Agrokraftstoffe die Diskussion wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Weltweit würden nur zwei Prozent der landwirtschaftlichen Flächen für Agrosprit genutzt. Hauptursache für Abholzungen und Vertreibungen sei eher der Futtermittelanbau - also unser großer Fleischkonsum. Für einen nachhaltigen Anbau von Energiepflanzen gäbe es zudem noch genug ungenutzte Flächen. Doch diese Argumentation ist reichlich platt. Denn das Problem ist folgendes: Die Zahl der Vegetarier und Vegetarierinnen den Industriestaaten wird in Kürze ganz sicher nicht sprunghaft ansteigen. Parallel wächst momentan aber weltweit rasant die Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln insbesondere aus China und Indien, wo zum Glück mehr, aber eben auch fleischlastiger gegessen wird als früher. Durch Verstädterung sinkt jedoch gleichzeitig die Anbaufläche. Wer nur ein wenig von Marktmecha-

nismen versteht, der weiß, dass das Ganze zu steigenden Nahrungsmittelpreisen führen muss. Und genau dieser Situation wollen die Industriestaaten noch zusätzlich - also auf den ganzen Probleberg oben drauf - tropischen Agrosprit für ihre Autoarmadas beziehen! Weil Europäer oder Amerikaner sich nicht mit der Autoindustrie anlegen wollen. Weil sie keine Idee haben von nachhaltiger Mobilität.

Die Biospritquoten Deutschlands und der EU sollen auch noch bis 2020 rasant ansteigen. Sie sollen rund das Dreifache dessen betragen, was mit heimischen Ressourcen nachhaltig abgedeckt werden könnte. Bravo, da sendet Europa über die Rohstoffbörsen tolle Nachrichten in den Süden: Baut nicht mehr Bohnen und Reis an, sondern Zuckerrohr und Soja! Holzstämme werden abgeholzt, um die letzten Wälder ab für Ethanol und Agrodiesel! Vertreibt die Kleinbauern!

Diese Nachrichten werden auch gehört. Beispielsweise vom Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Mato Grosso, Blario Maggi. Er möchte nun das Abholzungs-Moratorium für Tropenwälder kippen, das dort seit zwei Jahren galt, hat er im Frühsommer erklärt.

Gibt es aber vielleicht ungenutzte Flächen für Agrokraftstoffe? Die NGO-Vertreter aus Brasilien und Indonesien, die die Bundestagsfraktion der LINKEN besucht haben, konnten darüber nur müde lächeln. Denn der Anbau findet natürlich vornehmlich auf ertragreichen Böden statt. Zudem sollte man sich mal fragen warum so viel über die Landlosen-Bewegung in Brasilien zu lesen ist, wenn es doch genug frei verfügbare Fläche gibt?

Vor allem aber sollte man sich über Dimension des Agrokraftstoff-Booms informieren. Im Jahr 2005 belief sich in Brasilien die landwirtschaftlich genutzte Fläche einschließlich Dauerkulturen auf rund 67 Millionen Hektar. Hinzu kommen 197 Millionen Hektar Weideland und Wiesen. Laut nationalem Plan für Agroenergie könnten bis zum Jahr 2030 bis zu 200 Millionen Hektar für die Kultivierung von Energiepflanzen genutzt werden - knapp ein Viertel des brasilianischen Staatsgebiets. Bereits in kürzerer Frist sei die Hälfte, also rund 100 Millionen Hektar, erschließbar, meint die Regierung in Brasilia. Indonesien hatte 2005 eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 37 Millionen Hektar sowie 11 Millionen Hektar Weideland und Wiesen. Die Regierung plant, zusätzlich etwa 20 Millionen Hektar Land in Agrarkraftstoffplantagen umzuwandeln. Selbst das Hungerland Angola ist laut Welthungerhilfe dabei, die Anbaufläche für Palmöl auszuweiten. Sie soll verzehnfacht werden.

Unter dem Strich bleiben wir deshalb dabei: Es ist unverantwortlich, mit importierten Agrosprit hierzulande die Klimabilanz zu verschönern! Diese Einfuhren verschärfen im Süden den Hunger. Sie beschleunigen dort den Raubbau an der Natur genauso wie die Vertreibung von Kleinbauern. Die Bundesregierung sollte die brasilianische Bischofskonferenz zur Kenntnis nehmen. Die Kirchenvertreter widersprachen der brasilianischen Umweltministerin ausdrücklich, als diese ihrem deutschen Amtskollegen erklärte, die Ethanolerzeugung gehe nicht zu Lasten des Regenwaldes und der Nahrungsmittelherstellung. Aus diesen Gründen ist die von der Bundesregierung und der EU ins Spiel gebrachte Nachhaltigkeitszertifizierung nichts anderes, als ein Luftschloss von Bürokraten. Und darum darf in deutschen Autos nur soviel Agrosprit verwendet werden, wie mit den Flächen der Bundesrepublik auch nachhaltig erzeugt werden kann. Alles darüber hinaus ist Neokolonialismus im grünen Mantel.

Im Folgenden zum Klima- und Energiepaket der EU und Deutschlands. Beide stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verhandlungsposition und der Verhandlungsmacht im internationalen Post-Kyoto-Prozess.

Das EU-Paket vom 23. Januar beinhaltet Vorschläge für vier EU-Richtlinien. Zu den Minderungszielen der Gemeinschaft und ihrer Verteilung, zur Revision des Emissionshandelsre-

gimes ab 2013, zur unterirdischen Abscheidung und unterirdischen Speicherung von Kraftwerksemissionen (CCS) sowie zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Mit den Vorschlägen versucht die Kommission ein klimapolitisches Desaster zu verhindern. Denn läuft es so weiter, wie bisher, wird der Ausstoß von Treibhausgasen EU-weit bis 2020 höchstens um lächerliche sechs Prozent sinken. Dieses Ergebnis wäre quasi ein Beitrag zu Erderwärmung, nicht zum Klimaschutz. Ohne Vorbedingungen wollen die Mitgliedstaaten nunmehr 20 Prozent Treibhausgase gegenüber 1990 einsparen. Sollte allerdings international ein Kyoto-Nachfolge-Abkommen für die Zeit nach 2012 verabschiedet werden, so ist weiter zu lesen, dann gelte ein Einsparziel von minus 30 Prozent.

Wie schon bemerkt, sind seitens der EU wenigstens 30 Prozent notwendig - und zwar ohne Wenn und Aber. Ansonsten kann man das Zwei-Grad-Ziel getrost vergessen. Dieses Ziel muss am Ende - und dafür wird die LINKE kämpfen - bedingungslos in der Richtlinie stehen. Wir können hier nicht auf die USA warten. Deutschland, das ist unsere Forderung, muss sich wiederum bedingungslos zu minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 verpflichten.

Was die zentrale Frage der Kraftwerksinvestitionen angeht, so ist dafür die Ausgestaltung des EU-Emissionshandels entscheidend. Und hier war die Vergangenheit mehr als ernüchternd. So wurden in Europa und Deutschland seit dem Start des Systems im Jahr 2005 deutlich mehr Emissionsrechte ausgegeben als überhaupt Kohlendioxid ausgestoßen wurde. Wenn aber die Obergrenze, also das klimapolitische Ziel, nicht stimmt, dann ist das gesamte Instrumentarium ein Witz.

Mit Beginn der zweiten Handelsperiode, die im Januar begonnen hat, müssen nun die Anlagen bis 2012 jährlich im Schnitt wenigstens 1,5 Prozent Kohlendioxid einsparen. Und danach - so der neue Richtlinienentwurf - jedes Jahr 1,74 Prozent. Das alles ist zwar keine Revolution. Es setzt aber die Anlagenbetreiber unter Druck. Vor allem dadurch, dass die Zertifikate ab 2012 nicht mehr verschenkt, sondern - zumindest für die Energiekonzerne - vollständig versteigert werden sollen. Kohlendioxid könnte ab 2012 also ziemlich teuer werden. Und das hat unmittelbare Konsequenzen für die deutschen Kohlekraftwerke.

Das IFEU-Institut Heidelberg und das Hamburger Arrhenius Institut haben eine interessante Rechnung aufgemacht: Steinkohlekraftwerke, und hier wird als Beispiel direkt Hamburg-Moorburg genannt, werden nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sein, sobald die Emissionsrechte nicht mehr verschenkt, sondern versteigert werden. Emissionsärmere, aber im Betrieb teure Gaskraftwerke könnten dagegen ihre Vorteile ausspielen.

Die LINKE hat ähnliche Rechnungen schon vor einem Jahr aufgemacht. Wir wollten damit anprangern, welcher ökologische, aber auch soziale Unsinn es ist, die Emissionsrechte zu verschenken, wie es ja noch weiter fünf Jahre Praxis sein wird. Denn die Unternehmen tun ja gegenwärtig so, als ob sie den Marktpreis für die Emissionsrechte tatsächlich bezahlt haben. Sie legen die Kosten auf den Strompreis um. Leistungslos erzielte Extragewinne bei den Stromkonzernen in Milliardenhöhe sind die Folge. Wird dagegen versteigert, werden die Extragewinne zu Kosten. Am höheren Strompreis wird sich natürlich nichts ändern. Der Umweltverbrauch soll ja auch tatsächlich seinen Preis haben. Was wir aber verurteilen ist, wenn die Umweltpreise zu Konzerprofiten werden, anstatt in die Staatskasse zu fließen, und dadurch noch dazu der ökologische Umbau verhindert wird!

Dem Bundesetat gehen übrigens durch die kostenlose Vergabe bis 2012 jährlich rund sieben Milliarden Euro verloren. Das sind Einnahmen, die die Bundesregierung - wenn sie sie hätte - dafür verwenden könnte, ärmeren Haushalten Heiz- und Stromkostenzuschüsse zu zahlen. Also Mittel, die einen Spielraum zur sozialen Abfederung des ökologischen Umbaus schaffen

würden. Die Bundesregierung könnte auch Klima-Schecks ausstellen, die beim Kauf energiesparender Haushaltsgeräte einlösbar wären. Das wiederum würde der Konjunktur genauso nützen, wie den Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Umwelt.

Wir fordern darum nach wie vor eine Abschöpfungssteuer für die Sondergewinne, die aus der Einpreisung der Zertifikats-Marktpreise in den Strompreis herrühren. Vor allem fordern wir aber, dass das Bundeswirtschaftsministerium endlich seine Versuche einstellt, die EU-weite Versteigerung der Zertifikate ab 2013 zu verhindern.

Der auch von der LINKEN vertretenen Überzeugung von Umweltverbänden und Teilen der Wissenschaft, Kohlestrom sei ökologisch ein Auslaufmodell und würde sich bald nicht mehr rechnen, setzten Bundesregierung und Stromversorger seit ungefähr drei Jahren eine vermeintliche Zauberformel entgegen. Und die heißt CCS - Carbon Capture and Storage. Kraftwerksemissionen sollen abgeschieden, verflüssigt und unterirdisch verpresst werden. Die Stromversorger versprechen hier das Blaue vom Himmel. Fest steht aber, dass die Abscheidungs-Technik - wenn es sie überhaupt geben wird - frühestens 2020 zur Verfügung stehen wird. Dann ist aber bereits ein Drittel des Kraftwerksparks erneuert worden. Ferner weiß bis heute niemand, ob wir uns mit dem verflüssigten CO<sub>2</sub> nicht ein neues und gigantisches Endlagerproblem unter die Schuhsolen pressen. Es sind ja über die Jahre Milliarden Tonnen, die da in Salzwasserschichten und Kavernen verschwinden sollen. Außerdem sinkt mit dieser Technologie der mühsam von Ingenieuren über Jahrzehnte hochgetriebene Wirkungsgrad der Kraftwerke um rund ein Drittel. Für dieselbe Strommenge muss also ein Drittel mehr Kohle verfeuert werden. Macht das Sinn? Die Frage stellt sich auch angesichts der anderen Umweltbelastungen, die mit der Kohlegewinnung und -verbrennung verbundenen sind. Beispielsweise Grundwasserabsenkungen, Bergstürze, Transportprobleme, Feinstäube etc.

Wenn sich manche deutsche Kohleregionen trotzdem für CCS als Zukunftstechnologie stark machen, sollten die politisch Handelnden auch eins bedenken: Die Kopplung von Emissionsabscheidung im Kraftwerksbereich und Verpressung in den Untergrund würde eine neue Kraftwerksgeografie erfordern. Unterirdische Speicher stehen beispielsweise in Nordrhein-westfalen überhaupt nicht zur Verfügung. Der Transport verflüssigten Kohlendioxids zur Speicherung in vielleicht geeignete geologische Formationen, etwa der norddeutschen Tiefebene, wäre unbezahlbar.

Nicht zuletzt wird der ganze Spuk extrem teuer. Warum, so sollte man fragen, nutzen wir nicht die Gelder und bauen dafür lieber einen internationalen Stromverbund für erneuerbare Energien? Warum forschen wir nicht mit den Milliarden, um die Effizienz bei der Nutzung von Biomasse zu erhöhen oder den öffentlichen Verkehr auszubauen?

Die Mehrheit der Menschen will auch keine längeren Laufzeiten für AKWs, die uns immer öfter als Problemlöser angeboten werden. Ein Sofortausstieg wäre der konsequenteste Schritt für einen glaubhaften Wandel im Energiesystem. Atomkraft ist im Betrieb unverantwortlich riskant und hinterlässt für hunderttausende von Jahren ein strahlendes Erbe. Die Endlagerfrage ist bis heute nirgendwo in der Welt gelöst.

Dies ist der CDU/CSU und FDP augenscheinlich egal. Sie meinen, die Strompreise würden durch mehr Atomstrom sinken. Doch selbst dies ist falsch und offenbart naive Vorstellungen darüber, wie Energiemärkte funktionieren. Mehr Atomstrom wird lediglich die ohnehin astronomischen Gewinne der Energieversorger vermehren.

Der Handelspreis an der Strombörse richtet sich nicht nach dem niedrigsten Grenzkosten bei Brennstoffen und Betrieb, sondern nach den höchsten. Und zwar jener Kraftwerke, die gerade noch benötigt werden, um die jeweilige Nachfrage zu bedienen. Das sind in der Regel Gas-

oder Steinkohlekraftwerke, nie aber abgeschriebene Atomkraftwerke. Im Gegenteil: Je tiefer ein Kraftwerk unter den genannten Kosten liegt, umso höher dessen Gewinne. Deshalb bedeutet jede Stunde, die längst abgeschriebene Atom- oder Braunkohlekraftwerke länger laufen, zusätzliche Profite für den überkommenen fossil-atomaren Energiesektor.

Wenn die Union meint, „sichere Kernkraftwerke“ bis 2020 abzuschalten sei „keine konsistente Energiepolitik“, dann verharmlost sie die permanenten und langfristigen Gefahren der Atomwirtschaft. Nicht einmal das Atommüll-Versuchsendlager Asse II hält wenigstens einige Jahrzehnte dicht. Schon jetzt tritt radioaktive Salzlauge aus. Wie soll woanders über -zig Generationen Langzeitsicherheit gewährleistet werden? Allein das ungelöste Endlagerproblem wird die Menschheit also noch Jahrtausende beschäftigen. Das sollte CDU/CSU und FDP den Wählern auch sagen, wenn sie Laufzeitverlängerungen zum Wahlkampfthema macht.

Mit dem dann von der Regierungsmehrheit verabschiedeten Atomausstiegsgesetz wurde den Energiekonzernen eine Verstromungsgarantie gegeben, die sie vorher nie hatten. Diese wird auch schamlos ausgenutzt, beispielsweise dadurch, dass AKWs, die kurz vor Ende der Restlaufzeit stehen, für „Reparatur und Revision“ vom Netz genommen werden, damit sie in die nächste Wahlperiode hinüber gerettet werden können. Von dieser erhoffen sich die Versorger, den Ausstiegsbeschluss unter einer neuen Regierung zu kippen. Ähnliche Ziele werden durch die Übertragung von Restlaufzeiten zwischen den Kraftwerken verfolgt. Zudem ist der Weiterbetrieb abgeschriebener Atomkraftwerke eine Lizenz zum Gelddrucken. Diese komfortable Lage wollen die Betreiber natürlich verlängern.

Sie wollen dies, obwohl inzwischen neue Gefahren lauern: Die Tatsache, dass eine ganze Reihe von AKW's einen Terrorangriff mit Großraumflugzeugen nicht standhalten könnten, ist inzwischen bekannt. Vorschläge zur Gefahrenabwehr, wie die Stationierung von Boden-Luft-Raketen rund um AKW's oder eine mögliche Vernebelung bei Gefahr sind hanebüchen. Die Antwort kann nur die schnellstmögliche Abschaltung aller AKW's sein. Eine Verlängerung der Laufzeiten kommt darum für uns nicht in Frage. Im Gegenteil: Die Linke steht nach wie vor für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Das bedeutet auf der anderen Seite eine Forcierung von regenerativen Energien und Energieeinsparung durch Vermeidung sowie die drastische Erhöhung der Energieeffizienz.

Die Versicherungspflicht für AKW's muss angehoben werden. Die Gewinne, die die AKW-Betreiber durch ihre steuerfreien Rückstellungen und durch den Strompreisanstieg infolge des Emissionshandels machen können, müssen abgeschöpft werden. Das kann zum Beispiel auch durch eine Brennelementesteuer geschehen, wie sie jüngst Umweltminister Gabriel vorschlug. Damit könnten viele notwendige Maßnahmen finanziert werden, die eine Kompensation der Strommengen für die abgeschalteten AKW's und Kohlekraftwerke gewährleisten. Würden im Übrigen alle externalisierten Kosten der AKWs in den Betrieb eingespeist werden, (z.B. Endlagersuche, Versicherungspflicht auch für einen GAU, Endlagerbewachung über Jahrtausende), wäre ohnehin kein einziges AKW in Deutschland wirtschaftlich.

Die Debatte um die strompreissenkende Wirkung der Atomwirtschaft ist also eine Mär. Wer trotzdem hochriskante Dinosaurier-Technologien als Zukunftsoptionen verkauft, gefährdet schon mittelfristig den Standort Deutschland: Wird die längst überfällige Energiewende hin zu Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme durch neue Atomphantasien ausgebremst, so begibt sich die Bundesrepublik in eine sich verschärfende Abhängigkeit von ausländischen Energierohstoffen. Zudem ist auch der Rohstoff Uran endlich. Die derzeitige Lage wird durch das Ende der sogenannten Sekundärfunde bis 2023 erheblich verschärft werden. Sollten mehr AKWs weltweit ans Netz, wie in einigen Ländern propagiert (u.a. China und Indien), sinkt die Verfügbarkeit dementsprechend auf 20 oder 30 Jahre. Die Atomwirtschaft ist also eine

Sackgasse. Klar ist dagegen, dass Strukturen her müssen, die eine radikale Energiewende befördern, und nicht behindern. Genau dafür tritt die LINKE im Bundestag ein. Für den Ausbau erneuerbarer Energien, für Energieeinsparung, für eine neue Mobilität und gegen den Missbrauch von umweltpolitischen Instrumenten wie dem Emissionshandel. Die Verstaatlichung der vom Oligopol RWE, E.ON, Vattenfall Europe und EnBW zur Gewinnmaximierung missbrauchten Übertragungsnetze würde diesen Prozess unterstützen.

Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegentritt. Eine neue Energiearmut für die ohnehin von der Agenda 2010 gebeutelten ist auf keinen Fall hinnehmbar. Darum müssen wir den Konzernen genauso auf die Finger klopfen, wie elitären Umweltpolitikern, die meinen, der Preis wird alles richten. In diesem Zusammenhang fordert die LINKE für die ärmsten Haushalte einen sinnvollen Instrumentenmix, um sie vor den ärgsten Folgen der rasant ansteigenden Energiepreise zu schützen. Dies ist kein populistischer Schachzug, sondern eine strategische Aufgabe nachhaltiger Umweltpolitik. Schließlich werden sich die Energierohstoffe in ansehbarer Zeit werter verteuern. Und auch wichtige umweltpolitische Instrumente werden zum Preisanstieg beim Bezug von Strom und Wärme beitragen, seien es Ökosteuern oder der Emissionshandel.

Die LINKE lehnt sich hier nicht zurück, nach der Devise, Energiesparlampen und A++-Kühlschränke würden den Preisanstieg schon abfedern. Auch Empfehlungen, Familien sollten öfter das Licht abschalten oder einen Pullover mehr anziehen sind überflüssig und realitätsfremd. Wer so argumentiert, hat offensichtlich die Bodenhaftung verloren, denn die rasant steigenden Energiepreise werden für viele private Haushalte zu einer Belastungsprobe. Ihre faire Teilhabe an der Gesellschaft ist immer öfter gefährdet. Während die durchschnittliche Teuerung des privaten Konsums gegenüber 2004 um sieben Prozent stieg und die Realeinkommen in den letzten Jahren sanken, gingen die Ausgaben für Energie drastisch nach oben: Gegenüber Januar 2004 war Strom Anfang 2008 um 24 Prozent teurer. Erdgas und Benzin verteuerten sich in diesem Zeitraum um über 30 Prozent und der Heizölpreis hat sich mehr als verdoppelt. Im Schnitt sind die Energiekosten damit um fast 50 Prozent gestiegen. Und ein Ende dieser Entwicklung ist vorerst nicht absehbar.

Unstrittig ist, dass langfristig der einzig gangbare Weg zu bezahlbarer Energie über Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien führt. Sofortige kostenwirksame Vorteile sind dadurch aber kaum realisierbar. Gerade Haushalte mit kleinem Geldbeutel können die Preisanstiege der letzten Monate und Jahre nicht mehr durch Verhaltensänderungen auffangen, indem sie Energie einsparen oder den Stromanbieter wechseln. Auch der Kauf energieeffizienter aber deutlich teurerer Geräte kommt aufgrund des geringen Einkommens meist nicht infrage. Um diesen Haushalten unmittelbar und gezielt zu helfen, fordert DIE LINKE deshalb die Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich.

Richtig ist weiterhin, dass sowohl Maßnahmen zum Energiesparen, wie Gebäudedämmung und Energieberatungen als auch eine kostenfreie Sockelversorgung den Verbrauch senken und den Geldbeutel der Verbraucher schonen. Dabei gibt es auch positive Mitnahmeeffekte für arme Haushalte. Sie erfassen aber nicht zielgenau die soziale Situation und lassen viele betroffenen Menschen außen vor. Das kann derzeit nur durch Sozialtarife erreicht werden.

Von den rund 39 Millionen Privathaushalten in Deutschland haben 5,2 Millionen ein monatliches Nettoeinkommen von nur 500 bis 900 Euro. Die notwendigen Ausgaben liegen hier fast immer höher als das Einkommen. Selbst bei der Einkommensgruppe bis 1.500 Euro netto gehen fast 100 Prozent in den erforderlichen Konsum. Die Energiepreisanstiege führen hier sofort zu finanziellen Problemen. Und: Haushalte mit kleinem Geldbeutel haben schon jetzt im Schnitt einen unterdurchschnittlichen Energieverbrauch, im Strombereich z.B. zwischen

2.500 und 3.300 kWh pro Jahr. Bei einem Nettoeinkommen von 3.600 Euro im Monat liegt der durchschnittliche Stromverbrauch übrigens bei 5.000 kWh. Das bedeutet: Alle Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen müssen Energie sparen – und Haushalte mit höherem Einkommen eher mehr.

Natürlich gibt es viele Haushalte mit kleinem Geldbeutel, die Energiekosten einsparen können – aber eben auch solche, bei denen die Möglichkeiten begrenzt oder die Potenziale weitgehend ausgeschöpft sind. Für diese jetzt von Energie-Armut betroffenen Menschen greifen langfristige Maßnahmen, wie Gebäudedämmung und Programme für Energieeffizienz nicht. Hinzu kommt: Wer jetzt 50 Euro einspart, wird aufgrund der rasanten Teuerung bis zum Jahresende wieder 50 Euro mehr zahlen. Ein Umwelt-Lenkungsinstrument allein ist deshalb nicht geeignet, eine notwendige und faire soziale Ausrichtung der Energiepreise zu erreichen.

Die LINKE schlägt einen Mix von fünf Instrumenten vor:

### **1. Gezielte Energieberatungen**

Energieversorger werden verpflichtet, selbst oder besser noch über Vor-Ort-Initiativen (wie kommunale Energieberatungen, Verbraucherzentralen, Sozial- und Umweltverbände oder freie Energieberater) kostenfreie und qualifizierte Energieberatungen anzubieten bzw. zu finanzieren. Diese sollten einmal im Jahr durch Privathaushalte in Anspruch genommen werden dürfen.

### **2. Sozialtarife**

Die Energieversorger müssen jeweils auf ihren günstigsten Tarif und ohne Zugangshemmnisse einen Sozialtarif für nachweislich einkommensarme Haushalte anbieten. Dieser soll mindestens ein Drittel günstiger sein als der Normalpreis. Das entspricht der Rücknahme des durchschnittlichen Energiepreisanstiegs gegenüber dem Jahr 2004. Die Einnahmeausfälle werden auf die anderen Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt und regionale Kundenunterschiede zwischen den Energieversorgern ausgeglichen. Das führt zunächst bei den anderen Kundinnen und Kunden zu moderaten Preiserhöhungen von drei bis fünf Prozent. Für die Inanspruchnahme des Sozialtarifs wird von der zuständigen Behörde ein Gutschein ausgestellt, mit dem der Energielieferant, auch ein Ökostromanbieter, weiterhin frei gewählt werden kann. Wichtig: Der Sozialtarif darf nicht auf bestehende Sozialleistungen angerechnet werden, da die bisherigen Energiepreisanstiege ohnehin nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

### **3. Kostenfreie Energiekontingente**

Um nun eine wirksame ökologische Lenkung zu erzielen, wird für alle Verbraucherinnen und Verbraucher eine kostenfreie Sockelversorgung, im Strombereich beispielsweise für die ersten 800 kWh Jahresverbrauch, eingeführt. Die Kosten verlagern sich auf den Stromverbrauch darüber, gemittelt über den durchschnittlichen Verbrauch aller Kundinnen und Kunden von rund 4000 kWh pro Jahr. Das führt dazu, dass Normalhaushalte mit einem Verbrauch bis 3.500 kWh trotz Umlagemehrbelastung aus dem Sozialtarif weniger zahlen, und erst Haushalte ab 4.000 kWh mehr. Bei letzteren wiederum ist zu berücksichtigen, dass sich Energieeinsparungen bei hohem Verbrauch schneller im Geldbeutel bemerkbar machen. Das bedeutet konkret: Umlagefinanzierte Sozialtarife gekoppelt mit ökologischen Instrumenten entlasten sowohl Menschen in finanzieller Not als auch Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen.

### **4. Klima-Schecks für A++**

Wie schon beschrieben, sollte die Bundesregierung einmalig Klima-Schecks, beispielsweise über 500 Euro je Erwachsenen, ausstellen, die beim Kauf von Haushaltsgeräten der jeweils

höchsten Energieeffizienzklasse einlösbar wären. Dies wäre ein Konjunkturprogramm zur Förderung der Produktion energiesparender Elektrogeräte. Über den anschließenden Minderverbrauch würden auch ärmere Familien in den Genuss verringerter Stromrechnungen kommen. Es ist zu überlegen, ob solche Schecks an alle Einkommensgruppen, oder nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze vergeben werden sollten.

### **5. Finanzierung von Energieeffizienz durch Robin-Hood-Steuer**

Umfassende und eher langfristige Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparung, beispielsweise durch Gebäudedämmung, Austausch von Altheizungen, erneuerbare Energien und genannte Zuschüsse für energiesparende Geräte, sollen durch eine Abschöpfung der Extraprofite bei den Energiekonzernen finanziert werden. Die Linksfraktion hat bereits 2006 die Abschöpfung der Zusatzgewinne der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel gefordert (windfall profit tax) und dafür u.a. die Einrichtung eines Energiesparfonds gefordert, der ausgestattet mit jährlich einer Milliarde Euro den Energieverbrauch und Klimagas-Ausstoß senken und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen würde. Auch das von der Verbraucherzentrale Bundesverband vorgeschlagene 20-Milliarden-Euro-Paket zum Energiesparen könnte vollständig auf diese Weise abgedeckt werden.

Wie mit diesem Beitrag gezeigt werden sollte, besteht eine nachhaltige Klimapolitik aus anspruchsvollen Zielen und Klugen Instrumenten. Einfache Lösungen gibt es hier nur selten. Hierbei schwindende Ressourcen sowie Ökologie, Ökonomie und Soziales gegen den Widerstand der überkommen fossil-atomaren Energiewirtschaft sowie Automobilindustrie unter einen Hut zu bekommen, ist sicher die Herausforderung dieses Jahrhunderts. Der Post-Kyoto-Prozess wird dabei einer der wichtigsten Weichensteller sein. Es gilt, die richtige Richtung einzuschlagen.